



Niederschrift

27. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

Sitzungstermin:	Donnerstag, 19.05.2011
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:54 Uhr
Ort, Raum:	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Pete Heuer	SPD	Sitzungsleitung
-----------------	-----	-----------------

Ausschussmitglieder

Herr Dr. Klaus-Uwe Gunold	DIE LINKE	
Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	anwesend ab 18:40 Uhr
Herr Dr. Ralf Otto	SPD	
Herr Klaus Rietz	CDU/ANW	
Herr Andreas Menzel	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Björn Teuteberg	FDP	anwesend ab 18:38 Uhr

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Peter Kaminski		
Herr Volker Klamke	SPD	

sachkundige Einwohner

Herr Andreas Walter	Grüne/B90	
Herr Tino Henning	DIE LINKE	anwesend ab 18:30 Uhr
Herr Marcus Krause	SPD	
Frau Jacqueline Krüger	FDP	
Herr Andreas König	Behindertenbeirat	
Herr Wolfgang Schwarze	DIE LINKE	
Herr Wolfgang Schütt	CDU/ANW	
Herr Holger Wolinski	SPD	

Beigeordnete

Frau Elona Müller-Preinesberger	Beigeordnete Soziales, Jugend, Gesundheit
---------------------------------	--

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Gudrun Hofmeister	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Hans-Peter Michalske	SPD	entschuldigt
Herr Hans-Wilhelm Dünn	CDU/ANW	entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Hans Becker	CDU/ANW	entschuldigt
Herr Manfred Kleinert	DIE LINKE	entschuldigt

Frau Elke Lentz	SPD	entschuldigt
Herr Horst Siebenhaar	Seniorenbeirat	entschuldigt
Herr Andreas Vogel	DIE LINKE	entschuldigt

Gäste:

Herr Sven Brödnö	Fraktion Die Andere
Frau Saskia Hüneke	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Herr Dr. Peter Traichel	BUND
Herr Martin Uhlig	Anwohner Waldstadt
Frau Dr. Ursula Löbel	Sicherheitskonferenz
Herr Thomas Schenke	FB Grün- und Verkehrsflächen
Herr Herbert Claes	FB Grün- und Verkehrsflächen
Herr Heiko Schenck	FB Grün- und Verkehrsflächen
Herr Andreas Goetzmann	FB Stadtplanung und Bauordnung
Herr Torsten Wustrack	FB Ordnung und Sicherheit
Frau Martina Woiwode	FB Grün- und Verkehrsflächen
Herr Frank Scheffler	Bereich Grundstücksmanagement
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.04.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Verkehrsberuhigung Wendekreise
Vorlage: 11/SVV/0301
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 3 Wiedervorlagen
- 3.1 Konzessionsverträge Strom der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 10/SVV/0826
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 3.2 Intensivierung der Kommunalen Kriminalitätsverhütung
Vorlage: 10/SVV/0878
Fraktion DIE LINKE
- 3.3 Verbesserung der Ordnung in den Neubaugebieten
Vorlage: 11/SVV/0230
Fraktion CDU/ANW
- 3.4 Verkehrssituation am neuen Garten
Vorlage: 11/SVV/0235
Fraktion FDP
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Prüfung Zebrastreifen oder Fußgängerampel Haltestelle Schlaatzstraße
Vorlage: 11/SVV/0221
Gruppe Die Andere
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Straßenabwassereinleitungen
Vorlage: 11/SVV/0281
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

- 5.2 Alleenschutz
Vorlage: 11/SVV/0282
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- 6 Berichte und Informationen
- 6.1 Bericht aus der Fluglärmkommission vom 09.05.2011
- 6.2 Baumfällungen im Zuge des Ausbaus der Mangerstraße
- 7 Erörterung der städtebaulichen Entwicklung im Bereich der Neustädter Havelbucht
Vorlage: 11/SVV/0244
Fraktion DIE LINKE
- 8 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Heuer.

zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.04.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 8 von 11 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

Abstimmung zur Tagesordnung:

Herr Heuer schlägt vor, die Tagesordnung wie folgt zu ändern:

Zur DS 10/SVV/0826 „Konzessionsverträge Strom der Landeshauptstadt Potsdam“ gab es eine Zusage der Verwaltung, die Synopse im April 2011 dem Ausschuss vorzulegen. Die Synopse wurde zur heutigen Sitzung als Tischvorlage ausgereicht. Zum gleichen Thema gibt es den Antrag 11/SVV/0278, der zusammen mit der Drucksache 10/SVV/0826 im SB-Ausschuss beraten werden soll. Er schlägt deshalb vor, den Antrag 10/SVV/0826 auf die Sitzung des KOUL-Ausschusses im Juni zu vertragen und dann gemeinsam mit der DS 11/SVV/0278 zu beraten. Herr Heuer regt an, wenn Bedarf besteht, im Vorfeld der Beratung im Ausschuss eine Arbeitsgruppe zur detaillierten Vorberatung des Themas zu bilden.

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

Herr Menzel hat ebenfalls eine Synopse ausgereicht, die als Anlage zum Protokoll allen Ausschussmitgliedern zugeleitet wird.

Weiter schlägt Herr Heuer vor, den Antrag 11/SVV/0244 „Erörterung der städtebaulichen Entwicklung im Bereich der Neustädter Havelbucht“ als letzten

Tagesordnungspunkt vor dem nicht öffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln, um diesen im Kontext mit der nicht öffentlichen Beschlussvorlage beraten zu können.

Herr Heuer informiert, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Aufnahme eines Tagesordnungspunktes „Baumfällungen im Zuge des Ausbaus der Mangerstraße“ beantragt hat. Er schlägt vor, dies als zweiten Punkt im TOP „Berichte und Informationen aufzunehmen.

Abschließend schlägt er vor, auf Wunsch der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die DS 11/SVV/0301 „Verkehrsberuhigte Wendekreise“ vorzuziehen und als ersten Tagesordnungspunkt zu behandeln, da hierzu ein Antrag auf Rederecht vorliegt.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Herr Heuer teilt mit, dass ihm folgende Anträge auf Rederecht vorliegen:
Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Rederecht für Herrn Dr. Peter Traichel (BUND) zu den geplanten Baumfällungen im Zuge des Ausbaus der Mangerstraße sowie für Herrn Martin Uhlig (Anwohner Waldstadt) zur DS 11/SVV/0301 „Verkehrsberuhigte Wendekreise“ beantragt.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über das Rederecht für Herrn Dr. Traichel.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Herr Heuer bittet um Abstimmung über das Rederecht für Herrn Uhlig.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Anschließend begrüßt der Ausschussvorsitzende Herrn Holger Wolinski, der die SPD-Fraktion als sachkundiger Einwohner im KOUL-Ausschuss ab heute vertreten wird.

Herr Wolinski stellt sich dem Ausschuss vor.

Bestätigung der Niederschrift vom 14.04.2011

Herr Menzel verweist auf die Informationsbroschüre zum Forschungsreaktor BER II, die beim Bürgerservice ausgelegt werden sollte. Die Broschüren liegen bisher nicht im Bürgerservice vor.

Frau Müller-Preinsberger teilt mit, dass die Broschüren nachgedruckt werden müssen. Es ist mit dem Bürgerservice bereits abgestimmt, dass die Broschüren dort ausgelegt werden.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die Niederschrift.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 2 Verkehrsberuhigung Wendekreise

Vorlage: 11/SVV/0301

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Menzel bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Uhlig (Anwohner) schildert die Situation in der Waldstadt II, die aus seiner Sicht für spielende Kinder sehr gefährlich ist.

Herr Wustrack (FB Ordnung und Sicherheit) erklärt, dass verkehrsberuhigte Bereiche nach § 42 Straßenverkehrsordnung und der dazugehörigen Verwaltungsvorschrift nur angeordnet werden, wenn die betreffenden Straßen durch überwiegende Aufenthaltsfunktion gekennzeichnet und vom Gesetzgeber geforderte bauliche und örtliche Voraussetzungen erfüllt sind. Diese Voraussetzungen werden bei Wendekreisen in der Regel nicht erfüllt.

Wendekreise dienen in Wohngebieten ausnahmslos dem Nutzungszweck der verkehrlichen Anbindung und der problemlosen Fahrtrichtungsänderung.

Die Gefahrenbetrachtung in Zusammenarbeit mit der Polizei ergab, dass keine erheblichen Gefahrenmomente bzw. Unfälle bekannt sind. Die örtlichen Gegebenheiten und die damit verbundene notwendige Regelung des anfallenden Verkehrs wird mit der in allgemeinen Wohngebieten üblichen Einrichtung von Tempo-30-Zonen eindeutig berücksichtigt.

War auch Thema der Beratung der BI in der Waldstadt. Unter Betrachtung der stets erforderlichen Aufmerksamkeit aller Verkehrsteilnehmer ist es in solchen Tempo-30-Zonen möglich, den Verkehr sicher und konfliktfrei abzuwickeln.

Das Aufstellen von entsprechenden Verkehrszeichen ist in Ermangelung der notwendigen Voraussetzungen unzulässig. Weitergehende verkehrsorganisatorische Maßnahmen kommen für diese Verkehrsanlagen aufgrund der straßenverkehrsrechtlichen Vorschriften derzeit nicht in Betracht. Oftmals bietet sich jedoch eine bauliche Umgestaltung an, bei den zumeist im privaten Besitz von Wohnungsgesellschaften befindlichen Anlagen.

Herr Menzel weist darauf hin, dass in anderen Städten z.B. in Berlin ganze Viertel durch Aufstellen von Verkehrszeichen verkehrsberuhigt sind. Er bittet die Verwaltung, Augenmerk auf alle Verkehrsteilnehmer zu haben.

Herr Rietz weist darauf hin, dass der vorliegende Antrag so nicht beschlossen werden kann, da dies nicht in der Entscheidungskompetenz der Stadtverordneten liegt.

Frau Hüneke (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) bittet um Rederecht.

Herr Heuer schlägt vor, das Rederecht zu erteilen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Frau Hüneke fragt nach dem Verfahren.

Herr Wustrack erklärt das Prüfverfahren zur Umsetzung der Straßenverkehrsordnung.

Herr Menzel fragt, ob die Verwaltung dazu ein Pilot-Projekt durchführen kann.

Frau Müller-Preinesberger lehnt dies mit Verweis auf die rechtlichen Grundlagen ab.

Herr Schwarze macht deutlich, dass man in den besagten Bereichen aufgrund der sehr engen Straßen und der erschwerten Sicht nur Schritttempo fahren kann.

Herr Kaminski äußert seine Bedenken, dass oft bei derartigen Problemen immer die Aussage der Verwaltung kommt, dass in dem Bereich noch keine Unfälle passiert sind.

Herr Heuer empfiehlt Herrn Uhlig, sich mit der Bürgerinitiative in der Waldstadt II in Verbindung zu setzen, um eine Lösung für das Problem zu finden. Vorsitzender der Bürgerinitiative ist Herr Tino Henning, der als sachkundigen Einwohner die Fraktion DIE LINKE im KOUL-Ausschuss vertritt.

Herr Uhlig macht deutlich, dass sich die Bürgerinitiative nach seiner Erfahrung vorrangig für die Autofahrer einsetzt.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, alle Wendekreise zwischen Neubaublöcken, die allein zum Wenden und Abladen dienen, sowie die Zufahrtstraßen, die meist zwischen zwei Häuserblöcken liegen, als verkehrsberuhigte Zone zu kennzeichnen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 1

Ablehnung: 5

Stimmenthaltung: 2

Der Antrag wird somit abgelehnt.

zu 3 Wiedervorlagen

**zu 3.1 Konzessionsverträge Strom der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 10/SVV/0826**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die Drucksache wird vertagt und zusammen mit der DS 11/SVV/0278 in der Juni-Sitzung des KOUL-Ausschusses beraten.

**zu 3.2 Intensivierung der Kommunalen Kriminalitätsverhütung
Vorlage: 10/SVV/0878**

Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Gunold bringt folgende geänderte Fassung des Antrages ein.

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die Kommunale Kriminalitätsverhütung in der Landeshauptstadt Potsdam durch geeignete Maßnahmen abzubauen.

Dazu ist der Stadtverordnetenversammlung über die Arbeit der Sicherheitskonferenz (SIKO) im September 2011 zu berichten.

Frau Dr. Löbel (Sicherheitskonferenz) erklärt, dass auf Grund angespannter personeller Situation in der SIKO die Information im KOUL-Ausschusses erst jetzt erfolgen kann.

Sie macht deutlich, dass das Präsidium der SIKO nicht untätig war. In den Sitzungen im November 2010 und Februar 2011 wurde vereinbart, dass zukünftig weniger Sitzungen stattfinden, dafür aber mehr Sacharbeit in den Stadtteilen erfolgt.

Die direkte Anbindung des Präsidiums bei der Beigeordneten sowie die Koordinierung über die Geschäftsstelle der SIKO hat sich bewährt. Ebenso bewährt hat sich der direkte und ständige Kontakt mit dem Schutzbereich.

Die SIKO wird aber mehr als Koordinator sein, nämlich Erarbeitung von Vorschlägen, Strategien zur Kriminalitätsverhütung.

Frau Dr. Löbel weist darauf hin, dass die Intensivierung der Kriminalitätsverhütung ein bundesweites Problem ist. Die SIKO wird zukünftig mehr vom Städtenetzwerk „Kriminalprävention“ profitieren. Die Erfahrungen der LHP sind auch dort gefragt. Die Netzwerkarbeit sollte aber ständig einer Überprüfung unterzogen werden, ob diese noch effektiv ist.

Sie informiert, dass die SIKO ab dem 01.06.2011 wieder dem Büro des Oberbürgermeisters angegliedert ist, da der OBM der Sicherheitsprävention einen hohen Stellenwert beimisst. Die bewährte direkte Zusammenarbeit mit dem Geschäftsbereich Soziales, Jugend, Gesundheit und Umwelt bleibt aber bestehen.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass im Hauptausschuss am 11.05.2011 der Sicherheitsbericht des Schutzbereiches Potsdam gegeben wurde.

Herr Dr. Gunold bittet den Antrag zu beschließen und die Aussagen von Frau Dr. Löbel als Mitteilungsvorlage vorlegen.

Frau Dr. Löbel sagt den Bericht der SIKO für Juni 2011 zu.

Herr Dr. Gunold erklärt daraufhin den Antrag als erledigt durch Verwaltungshandeln.

zu 3.3 Verbesserung der Ordnung in den Neubaugebieten

Vorlage: 11/SVV/0230

Fraktion CDU/ANW

Herr Rietz bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Claes teilt mit, dass der Bereich Grünflächen im genannten Zusammenhang am 11.04.2011 einen ersten direkten Kontakt mit dem Arbeitskreis Stadts Spuren hatte. Grundsätzlich haben die am Schlaatz ansässigen Wohnungsunternehmen eine Beteiligung der Stadt an dem Modellprojekt Schlaatz gewünscht. Ob letztendlich eine zwischen den Wohnungsunternehmen und der LHP abgestimmte Pflege- und Reinigungsstrategie möglich ist und inwieweit diese zu einer Verbesserung der Ordnung auf den Grünflächen und Gehwegen innerhalb des Wohngebietes Schlaatz führen könnte, muss jedoch im Folgenden noch abgestimmt werden.

Ein weiterer diesbezüglicher Gesprächstermin ist für den Juni 2011 vorgesehen.

Der Bereich Grünflächen wird über die erzielten Ergebnisse im Oktober 2011 berichten.

Herr Claes weist jedoch darauf hin, dass unabhängig davon die derzeitigen Pflegeverträge über eine Laufzeit bis zum 31. März 2013 verfügen und die Möglichkeiten früher greifender Regelungen vorab geprüft werden müssten.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass die Stadt in Abstimmung mit den Wohnungsunternehmen des Arbeitskreises Stadtspreen die im Eigentum der LHP befindlichen Grün- und Wegeflächen in die Initiative für eine abgestimmte Pflege- und Reinigungsstrategie im Schlaatz mit einbringt. Über das Ergebnis dieser Initiative, die zu einer Verbesserung der Ordnung auf den Grünflächen und Gehwegen Schlaatz führen soll, ist der Stadtverordnetenversammlung in ihrer ~~Septembersitzung~~ **OktoBERSITZUNG** 2011 zu berichten. Mit diesem Bericht ist eine Empfehlung der Stadt darüber abzugeben, ob eine Ausweitung dieser Initiative auch auf die übrigen Neubaugebiete Potsdams empfohlen werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

zu 3.4 Verkehrssituation am neuen Garten

Vorlage: 11/SVV/0235

Fraktion FDP

Herr Teuteberg bringt den Antrag ein und erinnert an die Ausführungen des Anwohners in der Sitzung des KOUL-Ausschusses am 14.04.2011.

Er verweist auf die geänderte Fassung, die durch den SB-Ausschuss zum Beschluss empfohlen wurde.

Herr Heuer schlägt vor, die vom SB-Ausschuss empfohlene geänderte Fassung zu übernehmen und bittet um Abstimmung über die geänderte Fassung des Antrages.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Die Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen in wieweit eine Verbesserung der Verkehrssituation im Verkehrsdreieck der Straßen „Am neuen Garten“, „Große Weinmeisterstraße“ und „Alleestraße“ erzielt werden kann.

Dazu ist unter Einbeziehung der Straßenverkehrsbehörde auch ein vor-Ort-Termin mit der Initiative durchzuführen.

Dabei soll auf die in der Kleinen Anfrage mit der Drucksachennummer 11/SVV/0226 hingewiesenen Defizite, wie zum Beispiel mögliche Temporeduzierung auf der Straße „Am neuen Garten“, die Radwegführung und die beiden Lichtsignalanlagepaare, ins Besondere eingegangen werden.

Eine Berichterstattung soll im Rahmen der Stadtverordnetenversammlung im 2. Quartal **September** 2011 erfolgen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Fraktionen rechtzeitig zu informieren, wann der Vor-Ort-Termin durchgeführt wird, um so eine Teilnahme der Ausschussmitglieder zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**zu 4.1 Prüfung Zebrastreifen oder Fußgängerampel Haltestelle Schlaatzstraße****Vorlage: 11/SVV/0221**

Gruppe Die Andere

Herr Brödno (Fraktion Die Andere) bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Wustrack (FB Ordnung und Sicherheit) erklärt, dass bereits geprüft wird. In ca. zwei Wochen liegt das Prüfergebnis vor.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über den vorliegenden Antrag mit der Änderung, dass der Bericht zur StVV im August 2011 erfolgen soll.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, ob in der Friedrich-Engels-Straße/Höhe Schlaatzstraße ein Zebrastreifen oder eine Fußgängerampel eingerichtet werden kann und welche Kosten durch die Umsetzung beider Varianten entstehen würden.

Das Prüfergebnis soll den Stadtverordneten im ~~Mai~~ **August** 2011 vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung**zu 5.1 Straßenabwassereinleitungen****Vorlage: 11/SVV/0281**

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Herr Schenke (FB Grün- und Verkehrsflächen) bringt die Mitteilungsvorlage ein und erörtert diese.

Herr Menzel weist darauf hin, dass es sich um belastete Wässer handelt. Er äußert die Bitte, dass zukünftig in der letzten Spalte der Übersicht zu Regenwasser-Einleitstellen diese namentlich benannt werden und nicht mit Nummern.

Herr Schenke weist darauf hin, dass es sich immer um Regenwasser handelt. Die Nummerierung ist Bestandteil des digital zur Verfügung gestellten Abwasserbeseitigungskonzeptes. Die Nummerierung dient der besseren Orientierung, da kleinere Gräben keine Namen haben.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.2

Alleenschutz

Vorlage: 11/SVV/0282

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Herr Claes (FB Grün- und Verkehrsflächen) bringt die Mitteilungsvorlage ein und erläutert diese. Wobei er darauf hinweist, dass die Pflege der Bäume, die älter als 60 Jahre sind, problematisch ist. Es gibt aber auch

Probleme beim Jungbaumbestand. Dies gilt besonders bei Vier- bis ca. 12jährigen Bäumen, da in den ersten 3 Jahren Pflegeverträge mit der jeweiligen Pflanzfirma bestehen.

Herr Claes teilt mit, dass seit 2011 für Neupflanzungen ein eigenes Konto zur Verfügung steht.

In den letzten Jahren nehmen die Probleme bei Neupflanzungen zu, wenn Versorgungsleitungen an der Pflanzstelle liegen. Hierzu soll ein Gespräch mit der EWP geführt werden.

Herr Rietz regt an, dies im Rahmen der Neuvergabe von Konzessionen mit zu thematisieren.

Herr Menzel fragt bezüglich der Jungbäume, ob es sinnvoll wäre, die Liste der Neupflanzungen öffentlich vorzustellen und für Baum-Patenschaften zu werben.

Herr Claes erklärt, dass Patenschaften sehr schwierig zu handhaben sind. Derartige Aufrufe sind bereits erfolgt, waren aber recht erfolglos.

Herr Rietz regt an, diesbezüglich auf die Vereine zuzugehen, in in der Stadt ansässig und sehr aktiv sind.

Herr Heuer fragt, ob es in der Verwaltung eine differenzierte Betrachtungsweise zwischen Straßenbäumen und Alleen gibt.

Herr Claes erklärt, dass es diese Betrachtung noch nicht gibt. Dazu gibt es aber Gespräche mit der UNB. Die Ergebnisse werden dann im KOUL-Ausschuss vorgelegt.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 6

Berichte und Informationen

zu 6.1

Bericht aus der Fluglärmkommission vom 09.05.2011

Frau Müller-Preinesbereger berichtet, dass Prof. Dr. Herrmann (Direktor des Bundesaufsichtsamtes für Flugsicherung - BAF) als Gast zur Sitzung der Fluglärmkommission am 09.05.2011 anwesend war. Er hat dort erklärt, dass die endgültige Festsetzung der Flugverfahren durch das BAF erfolgt. Die DFS hat eine Abwägung vorzunehmen, die dann als Antrag an das BAF weitergeleitet wird. Das BAF hat bei der Entscheidung über die Flugrouten auch eine eigene Abwägung anzustellen. Bei dieser Abwägung ist insbesondere der Aspekt der Sicherheit zu betrachten. Danach erfolgt die Betrachtung hinsichtlich des Lärmschutzes. Weitere nachgeordnete Kriterien können lokale Besonderheiten wie z.B. Forschungsreaktoren sein. Bei der Festlegung von Flugverfahren soll unzumutbarer Fluglärm vermieden werden. Diese Auswertung erfolgt nach dem

Fluglärmschutzgesetz.

Es gab in der letzten Sitzung der Fluglärmkommission zwei wesentliche Beschlüsse. Unter anderem wurde die große Westumrundung über das Autobahnkreuz A2 und A10 mehrheitlich beschlossen.

Die nächste Tagung der Fluglärmkommission findet am 23.05.2011 statt.

Herr Menzel hat beobachtet, dass seit 2-3 Wochen Flugzeuge in einer erhöhten Anzahl in Richtung Schönefeld fliegen. Er fragt, ob es sich hierbei um Testflüge handelt.

Frau Müller-Preinesberger betont, dass es keine Testflüge gibt. Sie weist darauf hin, dass Potsdam bereits jetzt nicht unwesentlich überflogen wird.

Sie empfiehlt, sich im Internet die Fluglinien anzusehen. Ein weiterer Aspekt ist auch, dass der Urlaubsflugverkehr begonnen hat.

Herr Heuer ergänzt, dass auch die anhaltende Ostwindwetterlage Einfluss auf die Fluglinien hat.

Herr König weist darauf hin, dass sich die Zahl der Flüge über Potsdam auch erhöht hat, da eine Bahn in Schönefeld gesperrt ist und Flüge nach Tegel umgeleitet werden müssen.

zu 6.2 Baumfällungen im Zuge des Ausbaus der Mangerstraße

Herr Dr. Traichel (BUND) teilt mit, dass soeben Sitzung in der Verwaltung stattgefunden hat, die sehr konstruktiv und lösungsorientiert war. Es scheint eine verträgliche Lösung gefunden. Das Thema Mangerstraße ist offensichtlich auf einem guten Weg.

Er kritisiert, dass bereits viele Bäume im Wurzelbereich stark beschädigt sind und der Alleenschutz hier nicht beachtet wurde. Auch die Torflinsen seinen lange bekannt gewesen.

Das jetzt gefundene Verfahren kann er nur begrüßen.

Frau Woiwode (FB Grün- und Verkehrsflächen) erklärt, dass davon ausgegangen werden kann, dass der Baumbestand vom Kreisel bis zum Beginn der Torflinse (Station 140,00 m) gehalten werden kann. Ab der Station 140,00 m gibt ein Torflinsenvorkommen, mit dem nicht in diesem Ausmaß gerechnet wurde. Da es hier keinen tragfähigen Baugrund gibt, muss in diesem Bereich bis zu einer Tiefe von 1,70 m ein Bodenaustausch erfolgen. In diesem Bereich sind auch Fällungen notwendig, da die Spundwandprofile bis zum tragfähigen Baugrund in der vorhandenen Bordflucht gepresst werden müssen.

Ab Station 217,00 m werden nochmalig Baugrundbohrungen in Auftrag gegeben. Hierüber sollen etwaige weitere vorhandene Torflinsen aufgedeckt bzw. ausgeschlossen werden, so dass hier kurzfristig reagiert werden kann.

Sie erläutert die durchzuführenden Maßnahmen und betont dabei, dass ein Baumgutachter die Baumaßnahmen begleiten wird.

In der Mühlenstraße/Einmündung Seestraße wurde eine sehr große Torflinse gefunden. Hierfür muss nach jetzigen Erkenntnissen eine technische Lösung gefunden werden.

Herr Heuer stellt fest, dass jetzt das Ziel ist, die vorhandenen Bäume zu erhalten. Er fragt, wie damit umgegangen wird, wenn in ein bis zwei Jahren festgestellt wird, dass Bäume Schaden genommen haben.

Frau Hüneke (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) weist darauf hin, dass die Risiken bekannt waren. Die Anwohner haben von Anfang an gefordert, dass die Bäume erhalten bleiben sollen und die Pflasterung wieder eingebracht wird.

Herr Klamke fragt, ob bereits abzusehen ist, um wie viel sich das Projekt verteuert.

Frau Woiwode erklärt, dass sich der Bauwert verringern wird.

zu 7 Erörterung der städtebaulichen Entwicklung im Bereich der Neustädter Havelbucht

Vorlage: 11/SVV/0244

Fraktion DIE LINKE

Herr Jäkel bringt den Antrag ein und begründet diesen. Er fragt, welche Absprachen mit den umliegenden Wohnungsgenossenschaften und Eigentümern getroffen wurden und ob es Ersatzflächen für die Parkplätze gibt. Er fragt weiter, wie der Erhalt der Bäume und Sträucher erfolgen soll.

Herr Goetzmann (FB Stadtplanung und Bauordnung) erklärt, dass kein Bilanzausgleich an Baumasse in der Stadt herbeizuführen werden soll. Eine entsprechende Bebauung des Grundstücks mit Erhaltung der Bäume und Sträucher ist nicht möglich. Es gibt keine Absprachen mit umgebenden Immobilienbesitzern, da es auch keine Ansprüche der Eigentümer auf diese Fläche gibt. Eine Ersatzfläche für den Parkplatz wird es nicht geben, da in diesem Bereich keine so brisante Parkplatznot wie sie z.B. in der Brandenburger Vorstadt vorhanden ist.

Er unterbreitet folgenden Vorschlag zur Ergänzung des Beschlusstextes der nicht öffentlichen Drucksache. *Der Kaufvertrag wird erst beurkundet, wenn das Bauvorhaben vorher abgestimmt ist. Dieses Bauvorhaben ist dann zum Gegenstand des Kaufvertrages zu machen.*

Das abgestimmte Vorhaben ist dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen vor der abschließenden Beurkundung vorzulegen.

Herr Klamke fragt, ob es Möglichkeiten gibt, die Ersatzpflanzungen relativ nah zum jetzigen Gebiet vorzunehmen.

Herr Goetzmann erklärt, dass dies noch nicht untersucht worden ist. Dazu gibt es aber keine Verpflichtung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die städtebauliche Qualität im Bereich des Wohngebietes Neustädter Havelbucht zu sichern, die Lebensqualität zu bewahren und behutsam zu entwickeln.

Das preisgekrönte Architekturensemble der Neustädter Havelbucht soll in seinem Charakter und in seiner derzeit vorhandenen Verteilung der Gebäude und Baumassen erhalten bleiben. Die das Stadtbild prägenden Bäume auch zwischen Markthalle und Schopenhauerstraße sind zu erhalten. Parkplätze von Anwohnern sollen nicht ohne Ersatz überplant werden. Etwaige bauliche Ergänzungen müssen sich den vorgenannten Zielen unterordnen und behutsam im Konsens mit den Anwohnern geplant werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4
Ablehnung: 6
Stimmenthaltung: 0
Der Antrag wird somit abgelehnt.

zu 8 Sonstiges

**Nächster Ausschuss für KOUL:
16. Juni 2011, 18:00 Uhr im Raum 3.025 des Stadthauses**

**Pete Heuer
Ausschussvorsitzender**

**Martina Spyra
Schriftführerin**